

Merkel gegen Kinderlosen-Sonderabgabe



Wie schon oft bei PI thematisiert, ist die Nettoreproduktionsrate der Deutschen momentan so gering, dass bei einer Fortführung dieses Trends die Zahl der autochthonen Deutschen stetig abnehmen wird. Daher sollten Wege gefunden werden, die das Kinderkriegen in Deutschland attraktiver machen. Von Abgeordneten der CDU kam nun der äußerst sinnvolle Vorschlag, eine Sonderabgabe für Kinderlose zu etablieren.

(Von Solo-Album)

[Focus](#) schreibt:

Die Unionsabgeordneten um den sächsischen Parlamentarier Marco Wanderwitz hatten gefordert, Kinderlose ab 25 Jahre mit einem Prozentsatz ihres Einkommens zu belasten. Die Abgabe solle nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Kinderlose sollen voll zahlen, Eltern mit einem Kind die Hälfte, Eltern mit mehreren Kindern nichts.

Eine gute Idee, denn so wäre ein finanzieller Anreiz gegeben, mehr Kinder zu zeugen. Denn auf diese Weise würden die Kosten für das Großziehen der Kinder nicht so stark das Portemonnaie der Eltern belasten.

Wanderwitz sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Es gibt eine Schiefelage in unserem Land. Familien tragen höhere Lasten als Kinderlose. Sie stehen finanziell schlechter.“

Der Vorschlag der Abgeordneten erfolgte mit Blick auf die zukünftig zu zahlenden Renten – mit einer äußerst schlüssigen Begründung:

Sozialversicherungssysteme basierten auf dem Generationenvertrag. „Jeder zahlt für die Eltern- und Großelterngeneration und sorgt mit Kindern dafür, dass es später wieder Beitragszahler gibt. Für Kinderlose zahlen später fremder Leute Kinder.“

Leider scheint Merkel nicht mit soviel Weitblick gesegnet zu sein wie ihre Parteikollegen:

„Schon eine Einteilung in Menschen mit und ohne Kinder ist nicht zielführend“

wird Merkel im [Hamburger Abendblatt](#) zitiert.

Auch weiter links angesiedelten Parteien positionierten sich wie so häufig besonders „geistreich“ zu dem Vorschlag der Unionsabgeordneten:

Die Opposition im Bundestag hat den Vorstoß scharf kritisiert. „Jeder Lebensentwurf muss respektiert und darf nicht bestraft werden“, sagte SPD-Fraktionsvize Dagmar Ziegler am Dienstag in Berlin. (...) Die Sprecherin der Grünen für Familienpolitik, Katja Dörner, erklärte: „In einem freien Land ist es nicht Aufgabe der Politik, individuelle Lebensentwürfe zu bewerten.“

(Foto oben: Angela Merkel und ihr Ehemann Joachim Sauer bei den Bayreuther Festspielen)

Velbert: WAZ unterschlägt Täter-Herkunft



Wie dem [Polizeibericht Mettmann](#) (NRW) zu entnehmen ist, wurden am Montag Abend in Velbert zwei Männer von einer Gruppe vermutlich türkischer Jugendlicher grundlos zusammengeschlagen. Obwohl man den sechs bis acht Personen bereitwillig Platz gemacht habe, sei man von einem der Jugendlichen angerempelt und gestoßen worden.

Mit der gleichzeitigen Bemerkung eines der Täter: „Ey, die machen Ärger!“, hätten sofort alle Gruppenmitglieder die körperliche Auseinandersetzung gesucht und gemeinsam auf die beiden Geschädigten eingeschlagen, bis diese sich den Schlägern durch Flucht entziehen und in ausreichender Entfernung vom Tatort, den Rettungswagen alarmieren konnten.

Auch [„Der Westen“](#), das Portal der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), berichtet über den Fall. Leider hat man dabei aber den Polizeibericht nicht vollständig zur Kenntnis genommen. Obwohl man auf die laufenden Ermittlungen der Polizei hinweist, und für eventuelle Zeugen eine Telefonnummer angibt, scheint der vermutlich türkische Migrationshintergrund der Schläger für die Zeitung keine Rolle

zu spielen, so dass man diesen den Lesern vorenthält. Warum die WAZ nicht zur Buntheit und Vielfalt unserer Gesellschaft im Jahre 2012 steht, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Ganz vorbildlich hingegen die Kollegen von der Münchner TZ. Am Wochenende kam es in München zu zwei brutalen Schlägereien. Jeweils waren Jugendliche mit Migrationshintergrund auf Deutsche losgegangen. Die TZ berichtet schnörkelos und korrekt:

Aus bislang ungeklärten Gründen gingen ein ein 17-Jähriger aus Somalia, ein 17-Jähriger aus Aghanistan und ein 18-Jähriger aus dem Irak am Samstag gegen 23.50 Uhr auf einen 30-Jährigen am Ostbahnhof los. Dabei gingen sie sehr brutal vor: Die drei jungen Männer schlugen dem Hallbergmooser mit den Fäusten ins Gesicht. Laut Zeugen sollen der Iraker und der Somalier zudem mit Gürteln auf den Mann eingeschlagen und ihn mit Füßen getreten haben, als er schon am Boden lag.

Der zweite Übergriff passierte rund 15 Minuten später. Ein 17-jähriger aus Somalia stammender Deutscher und ein 15-jähriger Portugiese griffen einen 19-jährigen Deutschen an. Der 17-Jährige hatte den Mann als jemanden erkannt, mit dem er in der Vergangenheit bereits Streit hatte.

Die beiden Angreifer ließen sich davon nicht zurückhalten, dass der Deutsche in einer Gruppe von sieben weiteren Personen im Alter von 17 bis 21 Jahren stand. Gemeinsam schlugen sie unvermittelt auf den jungen Mann ein, der eine blutende Lippe und eine Platzwunde am Kopf erlitt. Als die Umstehenden schlichten wollten, soll der 17-Jährige ein Messer gezogen und damit herumgeschwenkt haben. Die Stichbewegungen seien allerdings nicht gezielt gegen Menschen gerichtet gewesen.

Die alarmierte Bundespolizei griff die beiden Verdächtigen in der Nähe des Tatortes auf. Ein Messer fanden die Beamten bei ihnen nicht. Die Angreifer (0,98 und 0,50 Promille) sowie der

Geschädigte (0,44 Promille) waren ebenso wie fünf der sieben Zeugen (0,10 – 0,58 Promille) alkoholisiert.

EU drangsaliert Bürger mit neuen Kontonummern



Nun ist es also amtlich: [Spätestens ab dem 1. Februar 2014](#) sind unsere heutigen, manchem seit seiner Jugend vertrauten, Bankverbindungen Geschichte. In seinem grenzenlosen Wahn, alles und jeden in Europa zu vereinheitlichen, ist es dem Europäischen Parlament einmal mehr gelungen, mit großer Mehrheit eine kapitale „Verschlimmbesserung“ in die Welt zu setzen.

(Von Thorsten M.)

Die entsprechende Regelung heißt „EU-Verordnung zur Umsetzung des europäischen Zahlungsraums“ (SEPA) und bedeutet künftig den Zwang zu einer 22stelligen Bankverbindung (IBAN), die sowohl aus Zahlen als auch aus Buchstaben bestehen wird und schlicht und ergreifend länger ist als die bisherige Bankverbindung aus Kontonummer und Bankleitzahl.

Wie man uns mit der EURO-Einführung hat weiß machen wollen, dass dieser riesige Vorteile insbesondere bei Auslandsreisen mit sich bringe, gaukelt man uns auch in diesem Fall einen

Nutzen vor, der angeblich anders nicht zu erreichen ist:

So soll es nur durch die Einführung dieser einheitlichen Bankverbindung möglich sein, 120 Milliarden Euro durch wegfallende Überweisungsgebühren zu sparen. Auch sei es allen Ernstes anders nicht umsetzbar, „dass Unternehmer und Verbraucher ihren gesamten Euro-Zahlungsverkehr über ein einziges Konto bei einer beliebigen Bank in der EU abwickeln“. Dies zumindest will uns, ohne noch mehr rot zu werden, die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, glauben machen.

Die Wahrheit ist: Sicher 99% der PI-Leser tätigen weit über 99% ihrer Überweisungen auf Konten im Inland. Da sind gewohnte Bankverbindungen mit weniger Ziffern und Buchstaben klar von Vorteil und eine aufs Jahr betrachtet deutliche Zeitersparnis. Nicht zu vergessen, dass es für viele nun einmal die Bankverbindung ist, die man auswendig kennt! Für die wenigen internationalen Überweisungen, die Otto Normalverbraucher vornimmt, gibt es die IBAN-Bankverbindung heute schon im Kleingedruckten jedes Onlinebankings. Darüber hinaus wird diese auch von Firmen, die nur ein einziges Konto besitzen, längst im europaweiten Zahlungsverkehr so genutzt.

Problemlos hätte das Europaparlament daher verabschieden können, dass innereuropäische Überweisungen, die per IBAN getätigt werden, bezüglich der Kosten nationalen Überweisungen gleichzustellen sind. Punkt!

Offenbar war dies den Eurotikern aber der Gleichschaltung zu wenig. Schließlich sollen Franzosen, Deutsche oder Polen ja jeden Tag daran erinnert werden, dass sie jetzt Europäer zu sein haben und dass nun die Leute in Straßburg und Brüssel das Sagen haben.

Traurig ein Europa, das neben einer verunglückten Währung nur mit solch kleinkarierten Verordnungen von sich Reden zu machen vermag. Die Herzen der Menschen gewinnt man mit solchem Unsinn in jedem Fall nicht! Wir sollten aufhören, uns von diesen

Eurokraten einreden zu lassen, sie seien die „besseren“ Europäer...

Simson 3: Ethnizität Erosion der Demokratie

Hier die Fortsetzung der Serie wie angekündigt. Schon der erste Satz beinhaltet eine sehr wichtige Feststellung, die kaum einer unserer Politiker weiß. Ich bezweifle, daß Entwicklungshilfe-Minister Niebel sich die Implikationen vorstellen kann, und wer auf Rügen am FDJ-Lagerfeuer saß, der schon gar nicht.

Uwe Simson

3. Ethnizität führt zur Erosion der Demokratie.

In den ethnisch fragmentierten Staaten, die in Asien und Afrika den Normalfall darstellen, sind nicht Individuen, sondern die Volksgruppen Träger der politischen Willensbildung.

Die Gruppen unterscheiden sich nach Sprache (Basken, Kurden), Religion (Christen in den ostarabischen Staaten, Schiiten in Saudi-Arabien, Protestanten in Irland) oder »Rasse«; der Begriff soll hier in Anführungszeichen stehen, denn während man genau angeben kann, was unter einem Sunniten oder Albaner zu verstehen ist, beruht »Rasse« maßgeblich auf Zuschreibung, ein Faktum, das der Ermordung Walther Rathenaus zugrunde lag und dem Joseph Goebbels seine Karriere verdankt.

Im ethnisch homogenen Milieu vertritt der Staatsbürger (als Familienvater, Arbeitnehmer, Aktienbesitzer, Pendler, Rentner,

Vermieter) kontextabhängige Interessen, wogegen in ethnisch heterogenen Gesellschaften der Einzelne, unabhängig von seiner sozialen Situation, primär als Wallone, Kurde oder Südtiroler agiert:

Die politische Auseinandersetzung findet zwischen geschlossenen Gruppen statt, und da deren zahlenmäßige Stärke mittelfristig konstant ist, stehen die Wahlergebnisse von vornherein fest. Unterlegene Gruppen, die bei Einhaltung demokratischer Spielregeln kaum Aussicht auf Teilhabe an der Macht haben, werden mit Apathie, Boykott oder Revolte reagieren – alles tödlich für den Fortgang eines demokratischen Gesellschaftsprozesses.

Der ethnische Konflikt lähmt Gesellschaften auch unterhalb der Schwelle zur offenen Gewalt. Ein Blick auf die politische Landschaft des gegenwärtigen Belgien gibt uns einen Vorgeschmack auf die Zustände, die eintreten, wenn Bevölkerungsteile, die auf ihrer Andersartigkeit beharren, zahlenmäßig die kritische Schwelle überschreiten.

Wo heute schon in der Grundschule Migranten überwiegen, lässt sich leicht ausrechnen, wann sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Im politischen System werden »ethnische« Parteien auftreten; sie werden in der Regel neutrale Bezeichnungen wählen wie »Demokratische Allianz« oder »Fortschrittsunion« (die Russenpartei in Lettland nennt sich »Harmonie-Zentrum«).

([Teil 1 hier](#) – und [Teil 2 siehe da!](#))

Gutmenschen sind ungut

Als gut am Gutmenschen gilt seine vermeintliche Gabe, sich auch dann voller Empathie in den „Anderen“ hineinzusetzen,

wenn dessen Sicht der Welt und dessen Ansprüche den eigenen Interessen zuwiderlaufen. Am Gutmenschen ungut aber ist, dass er diese seine Sensibilität gar so unsensibel zur Schau stellt und dabei aus einer individuellen Tugend eine politische Forderung macht. Man kauft es dem Gutmenschen nicht ab, nur von altruistischen Motiven getrieben zu sein und hat oft den Eindruck, dass sich lediglich ein selbstverliebtes Ego restlos von seinen eigenen Bedingungsmöglichkeiten und Voraussetzungen abstoßen möchte – auf Kosten anderer im materiellen wie im übertragenen Sinn.

Sprösslinge aus bürgerlichen Hause, die auf „Solidarität“ mit dem Proletariat machen, entziehen sich dadurch den Anforderungen eines bürgerlichen Bildungs- und Lebensideals. Männer, die den „neuen Mann“ geben, brauchen jetzt ihren Mann nicht mehr zu stehen. Europäer voller Islamverständnis werfen die Bürde ab, das Erbe einer Kultur der Freiheit und Vernunft gegen Anfechtungen durchzuhalten. Öko-Hardliner, die sich in hierarchieloser Harmonie mit allem Getier sehen, können endlich die Sau raus lassen und müssen sich nicht mehr als „Krone der Schöpfung“ abplagen. Von der Last der „besonderen moralischen Verantwortung“ ganz zu schweigen, die der deutsche Gutmensch den anderen Deutschen gerne auferlegt, von der er sich als losgelöster Weltbürger aber erleichtert dispensiert.

Seine vorgebliche Selbst-Losigkeit zeigt der Gutmensch, indem er selbstherrlich gegen den eigenen Ur-Sprung polemisiert und sich stellvertretend für diesen in Selbst-Bezichtigung ergeht: Das Raubtier Mensch ist schuld am Weltuntergang, genauer gesagt nicht der Mensch, sondern der Mann und das „Patriarchat“. Insbesondere der „weiße Mann“ ist die Wurzel aller Übel, das christliche Europa und der Deutsche zumal, dem der Rassismus im Blut liegt. Nur gut, dass dieses abendländische Schuldungetüm aus Fremdenhass, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Ausbeutung, Sklaverei und Umweltzerstörung endlich bereichert und aufgebrochen wird durch Zuwanderer aus einer Kultur, die frauenfreundlich,

human, sozial gerecht und homophil ist und ein Herz für Tiere hat.

Die Überhebung des Gutmenschen-Ego zeigt sich dabei auf zweierlei Weise. Zum einen fällt die paternalistische Gönnerhaftigkeit unangenehm auf, die der Gutmensch den Unterprivilegierten gegenüber an den Tag legt als deren Interessenvertreter er sich darstellt. An deren wirklichem Fortschritt hat er freilich gar kein Interesse, da er andernfalls seine Legitimation und Projektionsfläche verlöre. Auf der anderen Seite erleben wir den Gutmenschen immer wieder in der Pose des Oberlehrers, der den von ihm zurückgelassenen Standes-, Geschlechts-, Volks- oder Artgenossen mit erhobenem Zeigefinger als Besserwisser und Bessermensch ins Gewissen redet. Vor allem die „Mitte der Gesellschaft“ hat es ihm angetan, die er regelmäßig geißelt.

Langfristig wirklich gedient ist damit nichts und niemandem. Denn ein als „Solidarität“ getarnter Ego-Trip ist bestimmt „nicht hilfreich“.



Der arabische Frühling und Ägyptens Islamisten

✘ Die Hoffnungen, die so viele in den Arabischen Frühling gesetzt haben, nicht zuletzt durch die Berichterstattung der

Medien, waren enorm. Der Sturm, den Intellektuelle und westlich-orientierte Studenten losgetreten haben, hat sich inzwischen gelegt. Die Akteure, die jetzt das Ruder an sich gerissen haben, sind aus westlicher Perspektive gar nicht so frühlingshaft. Die Rede ist von der Muslimbruderschaft.

(von Beschwichtiger)

Viele können vielleicht etwas mit dem Namen anfangen und wissen, dass sie für den politischen Islam stehen, aber viel mehr ist anscheinend nicht einmal dem deutschen Außenminister bekannt. Viele sind vielleicht nicht so mit der politischen Geschichte Ägyptens des frühen 20. Jahrhunderts vertraut.

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 in Ägypten von Hassan al Banna gegründet. Banna, einer der großen Denker des Islams, wollte, dass der Islam das gesellschaftliche Leben regelt. Das Fundament der Bruderschaft bildet die untere Mittelschicht. Man betreibt Schulen, soziale Einrichtungen, Polizei etc. in eigener Regie, sozusagen eine Parallelgesellschaft. Gleichzeitig evozierte man im damaligen Ägypten einen Hass auf Juden und die Kolonialherrschaft. Die gewalttätige Seite der Bruderschaft zeigte sich in der Verfolgung und Ermordung von Juden, Attentate auf Regierungsmitglieder und Polizisten. Außerdem war sie für die Zerstörung des damaligen europäischen Viertels in Kairo verantwortlich, das eine kosmopolitische Aura in der Stadt darstellte.

1952 übernahm Nasser durch einen Militärputsch die Macht in Ägypten. Der Kampf zwischen militärischer und religiöser Staatsführung wurde zu einem Kennzeichen des Nahen Ostens. Militärische Führer leiteten den Staat, während Islamisten die religiöse Macht besaßen und das religiöse Leben der Menschen bestimmten. Das Militär war also immer gezwungen, ob es wollte oder nicht, Bezug zur Religion herzustellen. Nassers Regime war sozialistisch-säkular und stand im krassen Widerspruch zum Islam.

Die Islamisten versuchten Nasser im Jahre 1954 zu ermorden, wodurch sich die Spannungen im Land immer mehr zuspitzten. Nasser ließ in den 60er-Jahren Sayyid Qutb, einen der führenden Ideologen der Bruderschaft, inhaftieren, und später hinrichten. Nasser bot Qutb Begnadigung an, aber er weigerte sich und wählte das Martyrium. Qutb wollte ein islamisches Erwachen, und dadurch die Machtergreifung in einem arabischen Land, um später auch die gesamte Welt zu islamisieren.

Nachdem Nasser eines natürlichen Todes im Jahre 1970 starb, versuchte sein Nachfolger Anwar al Sadat von Anfang an die Islamisten klein zu halten, wie es auch Nasser tat. Sadat entließ viele Islamisten aus den Gefängnissen und präsentierte sich als „Präsident der Gläubigen“. Sadat wollte Nassers Erbe fortführen und versuchte die verschiedenen islamistischen Bestrebungen in das gemeinschaftliche Leben zu integrieren. Es gab jene, die einen Kampf unter politischen Vorzeichen führen wollten, wie die Bruderschaft, und jene, die im revolutionären Sinne eine religiöse Diktatur errichten wollten. Zu den letzteren gehörte Ayman Al Zawahiri, späterer Führer der Al-Qaida. Was diese zwei unterschiedlichen Richtungen vereinte, war der Wille, einen Staat nach den Gesetzen der Scharia zu errichten! Es war der Weg dorthin, über den man stritt.

Sadat pflegte eine Politik, in der er die Islamisten durch Lippenbekenntnisse besänftigte, in der Praxis aber provozierte er sie. Der Präsident verabschiedete unter anderem ein Gesetz, das Frauen das Recht gab, sich scheiden zu lassen. Sadat blieb bis zum Ende seiner Präsidentschaft so mutig (übermütig?), dass er Frauen mit Burkas als „gehende Zelte“ verspottete. Er wurde somit zum Ketzer und zur Zielscheibe der Islamisten.

Sadat wurde am 6. Oktober 1981 bei einer Militärparade ermordet. Der Präsident salutierte zunächst dem Leutnant Khalid al-Islambouli, der aus einem Wagen stieg und auf ihn zu ging. Dieser zückte jedoch ein Maschinengewehr, und durchlöcherte Sadat, während er „der Pharao ist tot!“ schrie. Kahlid al-Islambouli war Anhänger des al-Jihad. Einer der

Inspiratoren des al-Jihad war Ayman al Zawahri, bekanntlich eine Führungsfigur von al-Qaida. Zawahiri wird seit dem Anschlag vom 11. September 2001 in New York gesucht, und befindet sich vermutlich in Pakistan oder Afghanistan. Sadats Nachfolger war Hosni Mubarak, der ein Attentat im Jahre 1981 überlebte, aber bekanntlich im Zuge des Arabischen Frühling gestürzt wurde.



UN: Folter-Libyer gegen Schwule und Lesben



Gaddafi wurde aus dem UN-Menschenrechtsrat (Foto) rausgeschmissen, aber die libyschen „Freiheitskämpfer“, die Gaddafi totgefoltert haben, sind seit Herbst wieder in diesem Gremium zugelassen. Die UNO begrüßte „das neue Libyen“ im November. Dort hat sich nun gleich beim ersten Treffen im Human Rights Council ein Libyer zu Wort gemeldet, der sagte, die LGBTs, das sind Lesben,

Schwule, Bisexuelle und Transgender (lesbian, gay, bisexual, transgender), seien nicht gut für die islamische Religion und beeinflussten „den Fortbestand und die Reproduktion der Menschheit“. Die Delegierten waren pikiert.

Nun, so ist es eben mit dem hochgelobten „arabischen Frühling“, bei dem der Westen geholfen hat, den Islamismus in Nordafrika zu installieren. Eine Top-Leistung der NATO. Hier die Links:

- » Süddeutsche [zu Folter-Libyen!](#)
- » FR: Ärzte ohne Grenzen [prangern Folter in Libyen an!](#)
- » FOX News zum Schwulenangriff [beim UN Human Rights Council!](#)
- » UN Watch [zum selben Thema!](#)

Kölner Karneval unter Rassismusverdacht



Die political correctness hat nun auch den Kölner Karneval erfasst. Der [„Verband binationaler Familien und Partnerschaften“](#) hat heftige Kritik an traditionsreichen Kölner Karnevalsgruppen wie *De Negerköpp* oder den *Höhenberger Dschungel-Negern* (Foto) geübt, weil sie „unkritisch Bilder der Kolonialzeit heraufbeschwören“.

Der [Kölner Stadt-Anzeiger](#) berichtet:

Beim Karneval hört der Spaß auf. Das gilt schon für manch einen Karnevalisten, der das Brauchtum allzu ernst nimmt. Jetzt meldet sich auch noch der Verband binationaler Familien und Partnerschaften zu Wort – und attackiert Gruppierungen innerhalb der Kölner Stämme, die sich „Neger“ nennen oder sich als solche verkleiden. „Primitive“ Schwarze gehören nicht in den Karneval, meint der Verein. Geschäftsführerin Michaela Schmitt appelliert an das Festkomitee, Karnevalsvereine und Mitveranstalter wie Schulen und Kindergärten: „Losst uns fiere – nit diskriminiere!“

Wenn sich Karnevalisten schwarz bemalen, Baströckchen anziehen und Knochen ins Haar stecken, würden sie „unkritisch Bilder der Kolonialzeit heraufbeschwören“. Ebenso inakzeptabel sei, dass Vereine immer noch Namen mit ehrverletzenden Bezeichnungen für schwarze Menschen tragen. Für afrodeutsche Familien sei das eine Zumutung. „Schon Kinder ab drei Jahren fühlen sich von solchen Darstellungen irritiert und negativ berührt. Ihre Eltern geraten in Erklärungsnot“, so die Leiterin der Landesgeschäftsstelle NRW mit Sitz in Bonn. Mitglieder hätten mehrfach geschildert, wie es etwa beim Nippeser Dienstagszug und anderswo zu „verstörenden Erlebnissen“ gekommen sei.

„Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.“

Ein Vorwurf, den Peter Berg als Chef der Poller Böschräuber von 1976 – von der Stunksitzung persifliert als Poller Negerköpp – so nicht nachvollziehen kann: „Die Leute kommen beim Anblick eines Clowns ja auch nicht auf die Idee, dass das Charlie Rivel, Grock oder die Fratellinis beleidigen könnte. Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen.“

Ihr Kostüm mit Elementen aus aller Welt lasse bewusst nicht auf ein bestimmtes Volk schließen. Auch seien schon „liebe Menschen aus Ghana mit großer Freude bei unseren Umzügen

mitgegangen“. Das sei doch eher integrationsfördernd. Er findet auch nicht, primitiv auszusehen. „Wir sind ein eleganter Augenschmaus.“

Ähnliche Töne auch bei den Höhenberger Dschungel-Negern: „Wir sind ein Traditionsverein“, rechtfertigt sich Mitglied Dieter Eckert. „Das hat doch nix mit Diskriminierung zu tun.“ Die einzige Form von Gewalt, die sie akzeptieren, sei die Nubbelverbrennung. Und auch Vereinskollege Josef Berger meint: „Unsere Gruppe gibt es seit 1967. Damals gab es noch gar keine Diskriminierung.“ Das Festkomitee Kölner Karneval versucht zu vermitteln. Sprecherin Sigrid Krebs betont, der Karneval dürfe niemanden ausgrenzen. Jeder Verein habe dafür zu sorgen, dass sich niemand ausgegrenzt fühlt. „Das muss ja nicht gleich die Änderung eines Namens sein, der eine Geschichte hat. Oft hilft es schon, miteinander zu reden und die Geschichte besser zu erklären.“

Da sind wir ja mal gespannt, wie sich die betreffenden „Stämme“ in der nächsten Karnevalssession präsentieren...

Kontakt:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V
Bundesgeschäftsstelle
Ludolfusstr. 2 – 4
60487 Frankfurt / M.
Tel: 069 / 71 37 56 – 0
Fax: 069 / 70 75 092
info@verband-binationaler.de

Deutschfeindliche Politik der SPD



Sehr geehrter Herr Gabriel, mit Besorgnis beobachte ich eine deutschfeindliche Politik der SPD. Um Missverständnisse zu vermeiden, betone ich meine Gegnerschaft zur NS-Ideologie, zum Antisemitismus, auch zum Antisraelismus, der von UNO, EU, Medien, Kirchen und Muslimen vertreten wird.

(Offener Brief von Dr. Hans Penner, Linkenheim-Hochstetten, an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel)

Ich wehre mich dagegen, Liebe zu Deutschland und Engagement für das Wohl der deutschstämmigen Bevölkerung als NS-Ideologie zu diskriminieren. Wer die Geschichte kennt, weiß, dass auch die NS-Ideologie im Grunde deutschfeindlich war.

Inakzeptabel sind die Worte, die Frau Stefanie Drese, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, [am 16.11.2011 im Landtag Mecklenburg/Vorpommern](#) gesprochen hat:

Den Antrag der NPD-Fraktion – „Den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes bewahren!“ – lehnen die Vertreter der demokratischen Fraktionen, in deren Namen ich heute spreche, mit aller Nachdrücklichkeit und aufs Schärfste ab.

Im NS-Staat wurden sozial unerwünschte Mitbürger liquidiert. In der Bundesrepublik werden jede Woche an die fünftausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche liquidiert. Die SPD fordert und fördert diese Massentötungen, was der NS-Ethik entspricht.

Die Deutschfeindlichkeit der SPD-Politik äußert sich auch in dem Bestreben, Deutschland zu desindustrialisieren. Desindustrialisierung erreicht man am besten durch Verteuerung des elektrischen Stromes. Stromverteuerung erreicht man am besten durch die zwangswirtschaftliche Einführung unwirtschaftlicher Methoden der Stromerzeugung. Stromverteuerung popularisiert man am besten durch die Erzeugung von Strahlenangst und Klimaangst.

Deutschfeindlich ist die SPD auch durch ihre Unterstützung der Bemühungen der Bundeskanzlerin, „Deutschlands Haushalts-Souveränität für die Umsetzung des ESM-Vertrags aufzugeben“ (W. Schäuble).

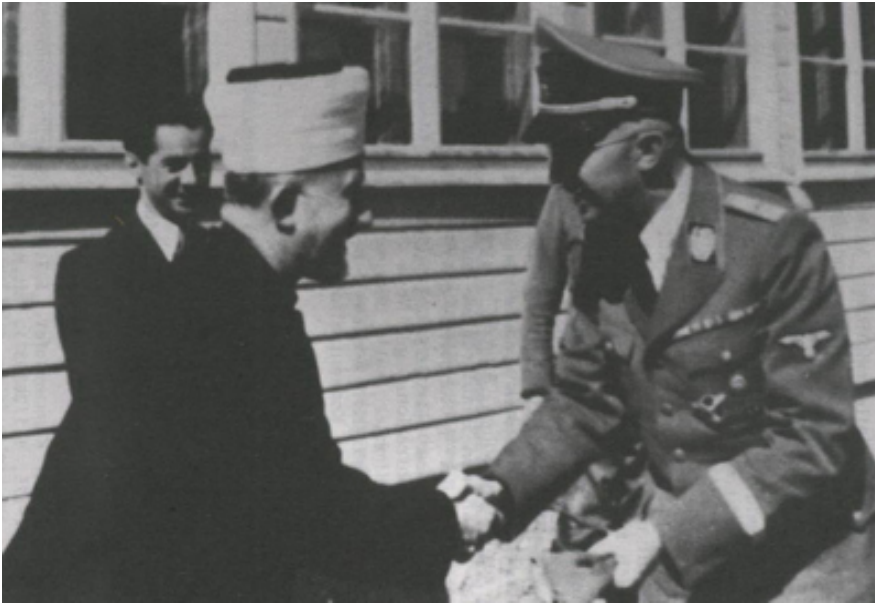
In Betroffenheit

Hans Penner

PS: Ich hoffe, dass viele Bürger die Bundestagsabgeordneten auffordern, gegen den ESM-Vertrag zu stimmen.

» Sezession: [Es lebe der Volkstod!](#)

Video: Der Großmufti und die Nazis



Am vergangenen Freitag sendete der History Channel um 20 Uhr den hervorragenden Dokumentationsfilm „[Die Nazi-Kollaborateure](#)„. In diesem Teil der Sendereihe ging es um den Großmufti von Palästina, Amin al-Husseini, einen glühenden Nazi-Anhänger. Dabei wurden sowohl sein Aufstellen der muslimischen Waffen-SS-Einheit „Handschar“ wie auch seine hasserfüllten jüdenfeindlichen Ansprachen, die er per Radio und Zeitungen an seine palästinensischen Glaubensbrüder richtete, ausführlich dargestellt. Beim History Channel gibt es offensichtlich keine politisch korrekte Zensur – eine angenehme Ausnahme in der europäischen Medienszene.

(Von Michael Stürzenberger)

Hier ein Auszug aus dem Originalton des Großmuftis, der sich bei seinen Hetztiraden ausgiebig im Koran und in den Hadithen bediente:

Tötet die Juden, wo immer Ihr sie finden könnt! Das ist im Sinne Allahs, der Geschichte und der Religion. Ehre wird Euch zuteil sein. Allah ist mit Euch!“

Mit solch frommen Predigten, die in ganz Palästina verbreitet wurden, wollte der Großmufti die Araber zu einem gemeinsamen Krieg gegen die Juden anstiften. Dies wog schwer, denn er war das religiöse Oberhaupt aller Moslems in Palästina. Außerdem

schrieb der fromme Rechtgläubige europäischen Regierungschefs, sie sollten unbedingt verhindern, dass Juden nach Palästina auswanderten. Man solle vielmehr dafür sorgen, dass die Juden nach Polen deportiert werden. Der Großmufti soll dieser Dokumentation gemäß gewusst haben, welches grausames Schicksal die Juden dort erwartet.

Hier Teil 1 des Dokumentationsfilmes, der deutlich aufzeigt, wie umfangreich damals die gemeinsamen Interessen von Islam und Nationalsozialismus waren und wie sich die Ideologien ähneln:

Im zweiten Teil des Filmes ist zu sehen, dass der Großmufti zwar bei den Nürnberger Prozessen unter Anklage stand, aber aus „Mangel an Beweisen“ nicht schuldig gesprochen wurde. Vielleicht wogen ja auch damals schon die Öl-Interessen der Großmächte schwerer als der Gerechtigkeitssinn:

.

Der Judenhass, die totalitäre Weltanschauung, der alleinige Machtanspruch, die Verherrlichung des Kriegführens und der Kampf gegen die Briten verbanden den Großmufti und Hitler eng. Kein Wunder, dass auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges Hitlers Hass- und Hetzbuch „Mein Kampf“ in der muslimisch-arabischen Welt ein Verkaufsschlager geblieben ist. Sogar in der Türkei.



(Video-Bearbeitung: theAnti2007)

Nazometer: Wieviele Minister waren NSDAP?



Im Rahmen des

„Kampfes gegen Rechts“ wollten der SED-Vorsitzende Gregor Gysi und sein SED-Politbüro zu Propagandazwecken wissen, welche personellen Kontinuitäten es vom Dritten Reich zur Bundesrepublik gegeben habe. Die für historische Laien interessante Antwort der Regierung liegt inzwischen vor und

brachte leider nicht das von den Kommunisten erhoffte Ergebnis.

Der Einfachheit [halber lassen wir gleich Götz Aly](#) sprechen:

Wie viele Minister und Kanzler der Alt-Bundesrepublik hatten ehemals der NSDAP, SA, SS oder Gestapo angehört? Die Antwort lautet: Keiner der SS oder Gestapo, aber 26 Minister und ein Kanzler der NSDAP (einige davon auch der SA). So saßen zwischen 1966 und 1969 acht ehemalige NSDAP-Genossen im Kabinett Kiesinger/Brandt – je zwei von CDU und CSU und vier von der SPD. Gemessen an Mitgliederzahlen und Regierungsjahren schneidet die CDU auf dem Minister-Nazometer am besten ab, die FDP am schlechtesten, die SPD (man bedenke ihr Selbstbild!) wenig vorteilhaft.

Umgekehrt könnte man den sozialliberalen Integrationswillen loben, übrigens auch den der SED: Sie war am 15. Juni 1946 die erste Partei, die einstigen NS-Parteigenossen die Mitgliedschaft eröffnete, nationale Sozialisten in volksdemokratische wandelte.

[Hier ist die Antwort der Bundesregierung](#), auf Seite 13 die betroffenen Minister! Davon leben (unter anderen?) noch Horst Ehmke (SPD), Erhard Eppler (SPD, Foto), Hans-Dietrich Genscher (FDP), Walter Scheel (FDP und Bundespräsident). Um es aber klar zu sagen, eine Mitgliedschaft in der NSDAP sagt nicht viel. Die NSDAP hatte bei 60 Mio Einwohnern 8,5 Millionen Mitglieder. Klar, daß die beim Wiederaufbau gebraucht wurden und überall unterschlüpften. Die Leute hatten nach dem Krieg andere Sorgen. Die linke Aufgeilerei je weiter das Dritte Reich weg ist, ist nur noch lächerlich. Heute rennen alle den Öko-Faschisten nach, vor 70 Jahren hätten dieselben Klimafanatiker Heil geschrien und die Autonomen wären in der SS marschiert!

In einem aber irrt Aly. Er meint, wir sollen heute mit Stasi und SED auch lieb sein. Da unterliegt er einem Denkfehler.

Solange die Linkspartei nach wie vor dieselben Ziele vertritt wie die kommunistische SED, aus der sie entsprungen ist, unter dem Spitzbart Ulbricht und Honecker, solange gibt es kein Pardon. Für uns heißt dieser Verein nach wie vor die SED-Linkspartei!

Syrien: Im Würgegriff der Medien

Wer syrisches Staatsfernsehen anschaut oder syrische Zeitungen liest, der taucht ein in eine Welt, die ganz anders aussieht, als jene der internationalen Medien. Könnte es sein, dass die internationalen Medien gesteuert werden oder sind es die syrischen Medien, die gesteuert sind, wie immer behauptet wird? Wer sind die Revolutionäre in den Hochburgen der Aufstände in Syrien, was sind das für Organisationen, die uns als Freiheitsliebende verkauft werden und weshalb verschweigen die Medien, wer hinter den terroristischen Aktionen gegen Bashar Al-Assad, gegen die syrische Armee, gegen die syrischen Sicherheitskräfte und gegen das syrische Volk steckt? [Weiter auf Pârse & Pârse...](#)

» Siehe auch Syrien-Artikel auf [„Kopten ohne Grenzen“](#) und [auf PI](#)

London: Gebet verboten, Baroness Warsi, Papst

☒ Religion und Politik im Verwirrten Königreich. In London hat letzte Woche Mr Justice Ouseley, ein Richter des High Court, formelle christliche Gebete in den Rathäusern von England und Wales verboten. Offenbar wird vor Eröffnung von Sitzungen, sogar im Parlament, traditionell jedes Mal ein standardisiertes Gebet gesprochen. Wie üblich in solchen Fällen: Ein intoleranter, linker Atheist [hatte gegen diese Tradition geklagt](#) und gewonnen. Das gab Schlagzeilen, und eine Moslem-Ministerin springt jetzt den Christen bei.

Zunächst einmal folgten dem Urteil viele Kommentare, die sich gegen die Abschaffung christlicher Traditionen wandten. So [hier ein langer Artikel](#) von Lord Carey, dem früheren Erzbischof von Canterbury, der viel konservativer ist als der derzeitige amtierende Scharia-Erzbischof ([PI berichtete](#))! Lord Carey scheint sich jedenfalls bestens auszukennen. Er nennt das verbotene [Kreuz der BA-Mitarbeiterin Nadia Eweida](#), die Umwandlung von „Merry Christmas“ zu „Season’s Greetings“, die „Winter Holidays“ und den Fall einer Standesbeamtin, die keine Schwulenhochzeiten leiten wollte, und er sagte klipp und klar, daß der britische Staat all das nur aus Rücksicht auf die Moslems veranstaltet. Und auch den Homosexuellen hielt er Intoleranz vor:

Since the September 11 attacks, we seem to have become obsessed with not upsetting British Muslims, while successive pieces of legislation means the rights of homosexuals now seem to trump those of everyone else. Including the rights of some Christians to express or act on views that, although at odds with mainstream thinking, are sincerely held and have been a part of Christian teaching for centuries.

Und Carey nennt die unbestreitbare Tatsache, die auch bei uns gilt, daß alle möglichen Minderheiten und Multikulti toleriert werden müssen, nur die Christen nicht:

We've become enslaved to multiculturalism, political correctness and so-called equal rights, so obsessed with the idea of minimising any possible offence to any minority group that we don't seem to have realised that one of the great British human qualities – tolerance – has now been replaced by intolerance. Indeed, in the name of so-called tolerance, Christians are not being tolerated.

Und dann vergingen ein paar Tage und [es meldet sich heute](#) die Baroness Warsi (Foto), die erste moslemische Ministerin im UK, die heute zum zweiten Mal mit dem Papst spricht. Sie wird vortragen, daß Europa selbstsicherer mit seinem Christentum umgehen sollte und sich nicht noch für seine jahrhundertelange christliche Kultur, die überall durchscheint, schämen sollte:

I will be arguing for Europe to become more confident and more comfortable in its Christianity. The point is this: the societies we live in, the cultures we have created, the values we hold and the things we fight for all stem from centuries of discussion, dissent and belief in Christianity. These values shine through our politics, our public life, our culture, our economics, our language and our architecture. And, as I will say today, you cannot and should not extract these Christian foundations from the evolution of our nations any more than you can or should erase the spires from our landscapes.

Auch wenn viele jetzt gleich wieder auf Hintergedanken tippen, [was diese Frau schreibt und ehrlich](#) zu denken scheint, ist bemerkenswert. Und es ist gleichzeitig beschämend, daß so etwas eine Muslimin sagen muß. Würde es ein christlicher Minister sagen, flöge er bei nächster Gelegenheit aus dem Kabinett, auch aus dem Merkelschen. (Sorry, aber die

englischen Artikel sind zu lang zum Übersetzen.)

Angelina Jolie – Berliner „Cinema for Peace“

☒ Heute genügt es nicht mehr, einen spannenden Krimi oder eine lustige Komödie zu drehen, nein, Filme müssen politisch sein, um nicht zu sagen, politisch korrekt! Ein Beispiel liefert die Berlinale gerade. Angelina Jolie bekam einen „Friedenspreis“, und es gab noch viel mehr.

Wenn [man den Tagesspiegel liest, merkt](#) man, wohin die Reise zu gehen scheint:

Ihr Regiedebüt „In the Land of Blood and Honey“ war schon bei der Berlinale ausführlich diskutiert und gefeiert worden. „Die Menschen in der Region bedeuten mir sehr viel“, sagte sie. „Sie haben so viel gelitten und doch überlebt und sind einfach erstaunlich und ungeheuer wertvoll.“ Dann kuschelte sie sich wieder an ihren Partner und verfolgte den Rest der Zeremonie, naschte aber nur mal kurz von der Vorspeise mit Kalb und Garnele.

Es gab noch Lobreden von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Mohammed el-Baradei, der 2005 als Vorsitzender der Internationalen Energieorganisation (IAEO) den Friedensnobelpreis erhalten hatte, von dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag Luis Moreno Ocampo, von Catherine Deneuve, Michael Mittermeier und Bianca Jagger, außerdem Musik von Katie Melua und dem US-Komponisten Cameron Carpenter.

Als wertvollste Dokumentation wurde „Paradise Lost 3:

Purgatory“ ausgezeichnet, ein Film, der sich mit Fehlurteilen befasst. Den „Award for Justice“ bekam „Justice for Sergei“. Den Umweltpreis von Opel erhielt „Burning in the Sun“, und der Internationale Preis für Menschenrechte ging an Luc Besson für „The Lady“ über Aung San Suu Kyi.

Jolie plus Schnarrenberger! Die Sammlung für die Menschenrechte ergab nur 3 Mio Euro, obwohl ein Kleid von Lady Gaga versteigert wurde. Wie wäre es mit einer Film-Klimaabgabe? Schließlich heizen Kinos die Atmosphäre auf und sie verbrauchen Strom. Allein schon der Projektor...

(Das Foto zeigt Angelina Jolie im Bosnienkrieg beim Kampf für die Menschenrechte.)